

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 3. Oktober 1931

Nummer 79

Solidarität

„Infolge außerordentlicher Verschärfung der wirtschaftlichen Lage sind weitere Sparmaßnahmen notwendig. Die Arbeitslosenunterstützungen können daher in der bisherigen Höhe nicht mehr weitergepagelt werden; sie werden wie folgt gekürzt...“

Mit solchen und ähnlichen Interpretationen erfolgt immer und immer wieder ein Abbau bei den Abgebaute. Die „Höhe“ der Unterstützungen ist immer noch zu hoch; denn anscheinend ist noch kein Arbeitsloser verhungert. Dem mehrmaligen Unterstützungsabbau in der Arbeitslosenversicherung folgte nun abermals ein Unterstützungsabbau in unserm Verband. Es soll leider keine andere Möglichkeit geben, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen und einer Schwächung der gewerkschaftlichen Kraft des Verbandes vorzubeugen. Und doch gibt es meiner Meinung nach eine andere Möglichkeit: die Durchführung der Vierzigstundenswoche.

Das Problem der Vierzigstundenswoche ist in der letzten Zeit schon mehrfach im „Korr.“ erörtert worden. Die Mehrzahl der Kollegen, die sich zu diesem Problem äußerten, standen auf dem Standpunkt, daß für uns nur die Vierzigstundenswoche mit vollem oder teilweisem Lohnausgleich in Frage kommen könne. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich würde rundweg abgelehnt. Auch die Verhandlungen in der Arbeitszeitfrage scheiterten hauptsächlich an der Forderung des Lohnausgleichs. So besteht bis heute in den Gewerkschaften noch keine einheitliche Auffassung für die Durchführung der Vierzigstundenswoche.

Wir sollten die Vierzigstundenswoche nur vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Solidarität fordern, auch unter Verzicht auf Lohnausgleich. Dagegen sollten wir mit allem Nachdruck den Einstellungsdruck fordern und ihn mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchzuführen. Denn durch die Forderung des Einstellungsdruckes bekommt die Durchführung der Vierzigstundenswoche erst die Bedeutung einer Solidaritätsaktion für unsere arbeitslosen Kollegen.

Der Verzicht auf einen Lohnausgleich ist allerdings ein großes Opfer der noch voll beschäftigten Kollegen. Aber dieses Opfer muß verlangt und gebracht werden zugunsten der Arbeitslosen. Auf eine bessere Konjunktur zu warten ist unverantwortlich und unsozial. Den Kampf aufzunehmen für die Vierzigstundenswoche mit Einstellungsdruck ist ein erster Schritt zur Festigung unserer gewerkschaftlichen Kraft und ein Anfang, für gewerkschaftliche Forderungen zu kämpfen, die auch jetzt erreichbar sind. Arbeitende wie arbeitslose Kollegen würden wieder in einer Front stehen, und die Teilung der großen Buchdruckerfamilie in zwei Lager würde durch die wieder in Arbeit kommenden oder verbleibenden Kollegen verringert.

Diese Solidaritätsaktion würde sich nicht nur zugunsten unserer arbeitslosen Kollegen auswirken, sondern würde auch unsere Verbandsfinanzen entlasten. Durch die Kürzung der Unterstützungen werden etwa 70 000 bis 75 000 Mark wöchentlich eingespart. Bei der Durchführung der Vierzigstundenswoche mit Einstellungsdruck würden etwa 10 000 Arbeitslose wieder eingestellt. Die eingesparten Unterstützungen würden ungefähr 50 000 bis 60 000 Mark wöchentlich betragen. Dazu kommt, daß die wieder arbeitenden Kollegen Beiträge zahlen, die eine Summe von rund 25 000 Mark wöchentlich ergeben. Ein ungefähres Ausgleich wäre somit geschaffen worden und eine Kürzung der Unterstützungen konnte vermieden werden.

Der Vorstand hat nun aber zu dem harten Mittel gegriffen, von den Opfern der heutigen ungerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weitere Opfer zu verlangen, die von den wirtschaftlich Stärkeren, den vollarbeitenden Kollegen, getragen werden müßten. Es muß nun endlich mit dem sozialen Abbau in unserm Verband wie in allen Gewerkschaften Schluss gemacht werden. Wir als Gewerkschafter müssen unsern erwerbslosen Brüdern solidarisch zur Seite stehen und sollten eine durch Not zusammengezwungene Kampfgemeinschaft sein, die sich die Arbeitszeitverkürzung mit Einstellungsdruck mittels aller gewerkschaftlichen Mittel erriegt. Ist dieses Ziel erreicht, so kann der Kampf für weitere notwendige Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt werden, und hierauf muß der Kampf für die Erhöhung der Reallohne einsetzen. Damit wird weiter der Kampf gesteigert gegen brutale Ausbeutung und Unterdrückung so lange, bis wir unser Ziel erreicht haben: die ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung, den Sozialismus!

Fritz Körber (Göttingen).

Der Hugenberg-Konzern

Hugenberg gab im Frühjahr 1918 seinen Posten im Kruppdirektorium auf, um sich ganz seiner „Mission“ zu widmen. Im Herbst, als das alte Reich zusammenbrach, als das Bürgertum sich tatsächlich in die Mauselöcher vertrat, da warf Hugenberg nicht etwa die Feinte ins Korn, er arbeitete im Verborgenen, er gründete Gesellschaften mit wunderlichen Namen, er wartete ab, weil er wußte, daß seine Zeit kommen wird. Und daß er einiges erreicht hat, nun, das spürt das Proletariat am eignen Leib Tag für Tag. Aber dieses Arbeiten auf lange Sicht, diese weite Perspektive, mit der er an seine „Mission“ heranging, sie zeigen, daß er ernst, sehr ernst zu nehmen ist.

Der Grundstein zu dem, was wir heute Hugenberg-Konzern nennen, wurde schon kurz vor dem Weltkrieg gelegt. Die erste Eroberung, die die Herren von Eisen und Kohle machten, war der Scherlverlag. Die Vorgänge, die sich hierbei abspielten, könnten geradezu den Stoff für eine Grotteske abgeben. August Scherl war infolge seiner noblen Passionen immer in Geldverlegenheit. Diese nahm 1913 solche Formen an, daß er Bethmann-Hollweg davon unterrichtete, daß er gezwungen sei, 8 Millionen Stammanteile zu verkaufen und der Verlag Wölfe bereit sei, 11½ Millionen dafür zu bezahlen. „Freunden der Regierung“ wollte er, Scherl, sie aber für 10 Millionen überlassen. Wäre der Scherlverlag in die Hände von Wölfe übergegangen, so hätte das bedeutet, daß die bürgerliche Opposition den „Berliner Lokalanzeiger“ in die Hände bekommen hätte. Um das zu verhindern, zog nun zuerst Bethmann-Hollweg und dann der damalige Landwirtschaftsminister von Schölerer unter der Devise „die jüdische Gefahr“ vor die Häuser reicher Leute, um das Geld zusammenzuschorten. Und nun kommt das Amülsante: die „jüdische Gefahr“ wurde schließlich gebannt mit Hilfe des Barons Simon Alfred Oppenheim in Firma Salomon Oppenheim jun. & Co. (Köln) und des Finanzmannes Louis Hagen (Köln), dessen Vorfahren den unverdächtigen Namen Levy getragen hatten. Diese trammelten 50 „Freunde der Regierung“ zusammen und lancierten den Scherlverlag — wenigstens für eine kurze Weile. Bald stellte sich nämlich heraus, daß August Scherl die Herren gehörig über den Wüffel barbier hatte und daß nochmals rund 10 Millionen dazu gehörten, dem Verlag auf die Beine zu helfen und August Scherl endgültig loszuwerden. Die erforderlichen Mittel wurden in der Hauptsache von Krupp, Kirdorf (heute ist er ein intimer Freund Hitlers) und Robert Müser (Sarpener Bergbau AG.) aufgebracht. Damit war der Scherlverlag mit all seinen Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlagen usw. in die Hand der Schlotbarone gefallen, als deren Vertrauensmann Hugenberg seinen Preßkonzern aufbaute.

Den wichtigsten Teil der Erbschaft, der damit unter die Botmäßigkeit der Schwerindustrie geraten war, bildete der „Berliner Lokalanzeiger“, ein Blatt, das von Scherl aus einem Wochenorgan zu einer Tageszeitung mit einer Auflage von über 200 000 Exemplaren entwickelt worden war. Es ist nun sehr interessant, sich einmal die Zusammenfassung des Leserkreises anzusehen. Rund 58 000 Exemplare wurden im Straßen- und Bahnhofshandel abgesetzt bzw. nach auswärts geliefert, so daß hierfür eine betragsmäßige Aufgliederung des Leserkreises nicht gegeben werden kann. Nach deren Abzug finden wir nun unter den Abonnenten:

Hausbesitzer, Rentner, Pensionäre, ohne Berufsangabe	56 000
Kaufleute	27 000
Frauen, weibliche Berufe	17 000
Handwerker	15 000
Fleischer, Bäcker, Gastwirte	13 000
Akademiker, Lehrer, Privatbeamte	11 000
Kleinwerbetreibende	10 000
Künstler, Schriftsteller	7 000
Arbeiter	2 000

Das war natürlich eine „Massenbasis“, wie sie sich diese Herrschaften gar nicht günstiger vorstellen konnten. Handelt es sich hier ja doch um Bevölkerungsschichten, die durch den Krieg und seine Folgen in ihrer wirtschaftlichen Existenz aufs schwerste erschüttert wurden, die letzten Endes dazu verurteilt sind, unterzugehen. Das löst selbstverständliche Kräfte der Gegenwehr aus, die in eine falsche, für die Interessen des Kapitals ungefähliche Bahn zu lenken, eine der Hauptaufgaben der Hugenbergpresse ist. Wirtschaftlich proletarisiert, flüchten diese kleinbürgerlichen Massen in eine antiproletarische Ideologie,

die das Gegengewicht gegen die wirtschaftliche Entwertung geben soll. Aus dieser psychologischen Lage heraus erklärt sich zu einem gewissen Teil das starke Anwachsen der faschistischen Bewegung, deren gewollter Zutreiber jedenfalls heute noch Hugenberg ist.

Der Scherlverlag mit seinen rund zwei Duzend Zeitungen und Zeitschriften (als wichtigste neben dem „Berliner Lokalanzeiger“ wären zu nennen: „Der Tag“, „Montag“, „Deutsche Zeitung“, „Woche“, „Gartenlaube“, „Berliner Nachtausgabe“, „Magazin“) konnte selbstverständlich nur ein Anfang sein. Die Problemstellung war klar: es galt Einfluß zu gewinnen auf einen möglichst großen Teil der bürgerlichen Presse. Daß das in erster Linie nicht über den Ankauf von Zeitungen zu ermöglichen war, lag auf der Hand, wenn man bedenkt, daß in Deutschland rund 3300 Zeitungen erscheinen. Das Wesen des Hugenberg-Konzerns besteht nun darin, daß nebeneinander eine Reihe anscheinend unabhängiger, ganz unverdächtig klingender Gesellschaften besteht, die alle aufeinander abgestimmt sind und eine ganz bestimmte Funktion erfüllen.

Als erste dieser Gesellschaften ist die Telegraphen-Union anzuführen, deren Aufgabe es ist, den Zeitungen Nachrichten zu vermitteln. Daß ein Telegraphenbüro einen ganz ungeheuren Einfluß ausüben vermag, bedarf keiner weiteren Darlegungen. Diese zentrale Stelle hat es ja völlig in der Hand, Nachrichten in dieser oder jener Aufmachung zu bringen, darüber hinaus aber ist sie in der Lage, ihr nicht genehme Tatsachen einfach zu verschweigen. Die Telegraphen-Union war während des Krieges in finanzielle Schwierigkeiten geraten, und die Schwerindustrie war mit ihren Kriegsgewinnen eingestiegen, um neben Giftgas und Granaten auch künstliche Meinung zu fabrizieren. Aber die Sache klappte nicht ganz, klappte auch dann nicht, als Hugenberg 1919 die Aktienmehrheit erwarb und neues Geld hineinpumpte. Er versuchte daher, das angelegene und weit verbreitete Korrespondenzbüro Rud. Dammerdt G. m. b. H. zu erwerben, das sich im Besitz der „Kaiser“ Eisenleute Otmear Strauß und Otto Wolff befand. Strauß und Wolff wären die finanziellen Sorgen, die ihnen die Korrespondenz bereitete, gern los gewesen und hätten auf Hugenberg verkauft, aber Dammerdt, der sich auf die Seite des neuen Staates gestellt hatte, wollte nicht sein Lebenswerk in den Händen dieses Republikfeindes sehen. Aber Hugenberg kam auf Schleiswegen doch aus Ziel. Er ließ durch Strohmänner die Patria, Literarische Verlags-AG., gründen, die die Dammerdt-Korrespondenz erwarb und eines schönen Morgens erwarb Rudolf Dammerdt als Angestellter Hugenbergs — und ging! Heute hat die Telegraphen-Union eine sehr große Verbreitung und liefert alles, vom politischen Leitartikel bis zur Käselecke. Doch wie kam sie zu dieser Verbreitung?

Diesen edlen Zweck dienen die andern „harmlosen“ Konzerngesellschaften, wie die Bera G. m. b. H., die Wipro G. m. b. H., die Altium-Kredit AG. und Ala. Ein Glied greift hier ins andre.

Aufgabe der Bera G. m. b. H. ist „die wirtschaftliche Förderung der deutschen staatserkhaltenden Presse ohne Unterschied der Parteirichtung und ohne politische Beeinflussung“. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, schloß die Bera mit den Zeitungen sogenannte „Revisions- und Fachberatungsabkommen“ ab, die sich auf „Beratung und Mitarbeit bei allen kaufmännischen, redaktionellen (alles politisch neutral) und technischen Arbeiten des Zeitungswesens“ erstrecken. Ihre größte Bedeutung erlangte sie in der Inflationszeit, als es insbesondere vielen mittleren und kleineren Zeitungen schlecht ging. Sie hatte ja — aus nachgelassenen Gründen — die besten Beziehungen zur Altium-Kredit AG., die Kredite in der Hauptphase nur dann gab, wenn die betreffende Zeitung mit der Bera und der T. L. arbeitete. Die Altium AG. und die zweite der Kreditgesellschaften, die Mutuum G. m. b. H., stellen die finanziellen Korrekturen dar, durch die das Geld aus den Kassenströmen des Ruhrgebietes in die deutsche Presse gepumpt wird, sie stellen die Mittel für diese ungeheuerliche, unsichtbare Korruption dar. L. Bernhard, Professor der Staatswissenschaften und Hofbiograph des Hugenberg-Konzerns, rühmt in seinem Buch über diesen auf der Mutuum G. m. b. H. besonders, daß sie es ermöglicht, die eigentlichen Geldgeber im Hintergrund zu lassen.

Ein weiteres Glied in dieser Kette ist die Wipro G. m. b. H., die Wirtschaftsstelle der Provinzzeitungen. Die von der T. L. gelieferten Korrespondenzen haben den „Nachteil“,

daß sie in jeder einzelnen Zeitung wieder gesagt werden müssen. Die Wipro gibt daher eine gematerte Korrespondenz heraus, die für die Zeitungen ein nochmaliges Sehen überflüssig macht und sie dadurch völlig in die Abhängigkeit von Hugenberg bringt. Die Matern erscheinen gleich in zwei Ausgaben, eine für nationale und die andere für parteilose Zeitungen. In der „überparteilichkeit“ kann also nicht der geringste Zweifel bestehen! Oder vielleicht doch? Gehen wir zu. In ihren Werberichtlinien für Vertreter heißt es: „Selbstverständlich haben die Werber... Streng darauf zu achten, daß bezüglich der Wipro die Verhältnisse in der Provinz nicht in Erscheinung treten.“ Die Werber sollen daher vertrauenswürdige Personen sein, die es verstehen, den Mund zu halten, möglichst sollen Offiziere für diesen Zweck eingeschickt werden.

Den Schlüsselstein, gleichsam die Krone des Ganzen, bildet die Ma, die Allgemeine Anzeigen-Gesellschaft. Eine wie große Macht ein Annoncenbüro darstellt, ist in die Augen springend, wenn man weiß, daß bei den „unpolitischen“ Zeitungen die Inserate drei Fünftel bis zwei Drittel der Einnahmen bringen! Selbstverständlich betont auch diese Hugenberg-Gesellschaft jederzeit und laut und gern ihre politische Neutralität. Daß jedoch ein solches Unternehmen politisch wirkt, gibt sogar Bernhard Unmünnchen zu, er schreibt: „Politischer Einfluß eines Annoncenbüros bedeutet eine suggestiv wirkende, die notwendig ausströmen muß von einem Unternehmen, das 1. bedeutende Inseratenaufträge zu vergeben hat, 2. Verfügungsrechte über den Anzeigenteil zahlreicher Zeitungen hat, 3. mitten in einer entscheidenden politischen Atmosphäre steht.“ Ganz unabweisbar aber wird die Aufgabe der Ma von dem Handelskammerpräsidenten Hode gekennzeichnet, nach dem mit ihrer Hilfe mehr bezahlte Anzeigen den Zeitungen zugewandt werden sollen, „die sich nicht scheuen, mit Entscheidung den vaterländischen Standpunkt zu vertreten und kräftige Heimatpolitik zu betreiben, ohne stets die Wirkung auf das Ausland ängstlich zu erwägen oder den heimischen Masseninstinkten zu schmeicheln.“ So ist es Hugenberg mit seinem raffiniert ausgetinkelten System gelungen, 60 Proz. der deutschen Presse unter seine Botmäßigkeit zu zwingen, die durch seinen Konzern mit nachrichtlichen, politischen Leitartikeln, Feuilletons, Bildern usw. versehen werden.

Dr. G. D. (Frankfurt a. M.).

Wahrheit und Klarheit im „Korr.“

In dem soeben erschienenen Oktoberheft der „Typographischen Mitteilungen“ wird in einem Artikel unter vorstehender Überschrift die Beantwortung aufgestellt, daß durch den Bericht im „Korr.“ (Nr. 72 bis 75) über Verlauf und Ergebnisse des Vertretertages des Bildungsverbandes in Erfurt die Wahrheit durch eine teilweise unklare Berichterstattung vermisslich worden sei. Soweit sich Berichtigung oder Nichtberichtigung eines solchen Vorwurfs durch einen Vergleich zwischen dem vorangehenden Bericht über die Erfurter Tagung im Septemberheft der „Typographischen Mitteilungen“ und dem dann folgenden Bericht im „Korr.“ nachprüfen lassen, sei die subjektive Entscheidung den betreffenden Lesern selbst überlassen. Hier sei nur noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Bericht im „Korr.“ ein wesentlich kürzerer und anderer geworden wäre, wenn nicht die einseitige Berichterstattung im Septemberheft der „Typographischen Mitteilungen“ diese Möglichkeit verschüttet hätte. Wir haben es gegenüber der Schriftleitung der „Z. M.“ an einem diesbezüglichen Hinweis vor Herausgabe ihres uns vorher bekannten Berichts nicht fehlen lassen. „Freundschaft!“ ist gewiß ein erhebender Begriff, aber er wird nach unfrer Meinung zur Phrase herabgedrückt, wenn man sich erledigter Aussprache und Klärung der Meinungsverschiedenheiten in der öffentlichen Berichterstattung der „Typographischen Mitteilungen“ die „Korr.“-Debatte auf dieser Tagung sozusagen wie das Salz zum trocknen Brote selbgeboten und dann noch angenommen wird, daß im „Korr.“ dazu nichts gesagt werden dürfte. Es wäre daher noch unfrer Ansicht auch im Interesse des Bildungsverbandes besser gewesen, man hätte diese Debatte im stenographischen Protokoll des Bildungsverbandes begabten sein lassen, dann hätten auch wir keine Ursache gehabt, noch einmal öffentlich dazu Stellung nehmen zu müssen. So aber sind wir gezwungen, aus einem ganzen Mattenschwanz unsachlicher Unterstellungen gegenüber unfrer Berichterstattung über die Erfurter Tagung des Bildungsverbandes nur folgenden Vorwurf als den unverantwortlichsten herauszugreifen und zurückzuweisen.

Es handelt sich dabei um die in Nr. 74 des „Korr.“ auf Seite 431 (mittlere Spalte) zusammengefaßten Ausführungen des Kollegen Aldermann im Anschluß an das Referat des Kollegen Drexler. Im Oktoberheft der „Typographischen Mitteilungen“ ist darüber auf Seite 273 folgendes zu lesen:

Wir dürfen weiter erwarten, daß die Berichterstattung über den Vertretertag wahrheitsgetreu erfolgte. Von Vorhängen der Zentralkommission der Drucker läßt der Berichtsführer sagen, daß der Vortrag des Kollegen Drexler „am deutlichsten die Notwendigkeit der Sparten beweisen habe, und daß die tags zuvor aufgestellte Behauptung des Kollegen Drexler, wonach durch die technische Entwicklung die Sparten in den Hintergrund gedrängt worden seien, nicht richtig sei“.

Nach dem Protokollentwurf ist diese Behauptung vom Vorsitzenden des Bildungsverbandes nicht aufgestellt worden, konnte also vom Vorsitzenden der Zentralkommission der Drucker auch nicht wiederlegt werden. Alle daran geknüpften Schlussfolgerungen des Berichtsführers sind zweifelnd, weil die Ausführungen der beiden Redner zur Spartenfrage im „Korr.“ nicht der Wahrheit entsprechend wiedergegeben worden sind.

Gegenüber dieser Unterstellung nicht wahrheitsgetreuer Berichterstattung im „Korr.“ stellen wir fest, daß nach dem Stenogramm des „Korr.“-Berichtsführers der Vorsitzende des Bildungsverbandes am ersten Verhandlungstage im Rahmen seines Geschäftsberichts bezüglich des Aufgabenzweckes der Sparten u. a. wörtlich folgendes sagte: „Der Verband hat die Sparten mit einem Fundament versehen, auf dem sie bestehen können, und zwar in erster Linie mit besonderer Interessenwahrnehmung; der Fortbildungsgedanke ist dadurch in den Sparten wesentlich zurückgedrängt worden.“ Diese Worte, die nur den Sinn haben konnten, die sachtechnische Fortbildung in erster Linie für den Bildungsverband zu reservieren und sie als Fragen zweiten Ranges für die Sparten zu kennzeichnen, gaben dem Vorsitzenden der Zentralkommission der Drucker am zweiten Verhandlungstage Veranlassung, unter Hinweis auf das zuvor gehörte umfassende Referat des Kollegen Drexler über die technischen Probleme zu betonen, daß gerade infolge der ungeheuren Tragweite der technischen Entwicklung die sachtechnischen Probleme für die Sparten, insbesondere für die Druckerpartei, von größter Bedeutung geworden sind, und daß es daher nicht richtig sei, was Drexler am Tage vorher gesagt habe, daß die sachtechnische Bildung in den Sparten in den Hintergrund gedrängt worden sei. Kollege Aldermann hat aber nicht nur dies gesagt, sondern die Aufgaben der Druckerpartei unter dem Druck der außerordentlichen technischen Entwicklung noch schärfer unterstrichen, und zwar in stärkstem Gegenatz zu der am Tage vorher geäußerten Ansicht des Kollegen Drexler in dieser Frage. Die Wortmeldung des Kollegen Aldermann war überhaupt nur auf diese Vernebelung der sachtechnischen Bildungsaufgaben für die Sparten durch den Vorsitzenden des Bildungsverbandes zurückzuführen; was letzteren dann auch veranlaßte, seinen abwegigen Standpunkt in der Beurteilung der Spartenaufgaben sogar noch einmal zu unterstreichen. Daß in der redaktionellen Zusammenfassung dieses Teiles des Berichts im „Korr.“ diese Gegenätze im Interesse der Sparten wie des Bildungsverbandes auf das allgemeine und unparteiliche Gebiet der technischen Entwicklung abgeleitet wurden, müßte bei einigermaßen nachsichtiger, von gewerkschaftlicher Einsicht getragener Erkenntnis als sehr zweckmäßig begrüßt werden. In den „Typographischen Mitteilungen“ wurde aber daraus eine Unterstellung unwarhrer Berichterstattung; womit jedoch mit aller Deutlichkeit nur bewiesen wird, daß es doch etwas anderes ist, ob man solche Dinge mehr von gewerkschaftlicher als von nepotistischen Gesichtspunkten aus beurteilt. In gleicher Richtung ist selbstverständlich auch die übrige Kritik in den „Typographischen Mitteilungen“ an der Berichterstattung des „Korr.“ über die Erfurter Tagung des Bildungsverbandes zu bewerten, und zwar mit der Überlegung, daß der Bericht im „Korr.“ selbstverständlich nicht den Zweck hatte, seinen Lesern jedes eigne Denken zu ersparen, sondern sie wie in allen andern und noch viel wichtigeren Dingen auch zu besonderem Nachdenken zu ermuntern!

Korrespondenzen

Bremen. Am 2. September hielt unser Bezirksverein eine gut besuchte Bezirksversammlung im „Reinigungsraum“ ab. Bezirksvorsitzender Goretz gebachte eingangs eines verstorbenen inaktiven Kollegen, der auch im hohen Alter mit ganzem Herzen zur Organisation stand. Dem Verstorbenen wurde die übliche Ehre erwiesen. Dann nahm die Versammlung einen Vortrag des Verwaltungsausschusses des hiesigen Arbeitsamtes, Tschäpke, über „Grundfaktische Fragen aus dem Gebiet der Arbeitsvermittlung“ entgegen, der beifällige Aufnahme fand. Beim nächsten Punkt wurden die Beschäftigungsverhältnisse im Bremer Bezirk erörtert. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Verhältnisse sich bei uns sehr verschlechtert hätten, eine Folge der großen Zusammenbrüche wirtschaftlicher Unternehmungen, die Bremens Ansehen sehr geschädigt haben. Neben einer großen Arbeitslosigkeit sei auch eine beträchtliche Zahl von Kurzarbeitern zu verzeichnen. Auch die größte Firma am Ort ist bereits zur Vierundvierzigstundendeckung übergegangen, und es find Bestrebungen im Gange, die Arbeitszeit noch um weitere vier Stunden herabzudrücken ohne jeglichen Lohnausgleich; jedoch sind ausgenommene Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt. In der lebhaftesten Aussprache wurde von mehreren Rednern betont, daß in der Zeit durch die Unternehmern eingeführten Arbeitszeitverkürzung System liege. Wenn auch die Verhandlungen, wie der „Korr.“ meldet, gescheitert sind, so fordern wir nach wie vor die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Einstellungsstopp. Ein besonderes Kapitel bot das Verhalten des Betriebsrats der „Arbeiterzeitung“, KPD-Organ, der den Einspruch gegen die Kündigung eines Maschinensehers, der nicht Mitglied der KPD ist, mit Zustimmung der Geschäftsleitung nicht anerkannte. Weiter haben sich die KPD-Kollegen auf Anraten des Betriebsrats einen empfindlichen Abbau der Leistungszulagen, wie diese selber bestätigen — im Interesse der Partei — gefallen lassen, und um das Maß ganz zu füllen, wurde die Arbeitszeit auf 24 Stunden herabgesetzt, ohne Einhaltung der tariflichen Kündigungsfrist. Auf das schärfste wurden die Handlungen des Betriebsrats von der Versammlung gecondemniert, wobei betont wurde, daß jede Betriebsvertretung die Pflicht habe, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten, ganz gleich, welche Tendenz in dem Vertriebe vorherrschend sei. Da in dieser auch für die Organisation wirtschaftlich schweren Zeit es immer noch Restanten gibt, wurden vom Vorstand mehrere Kollegen namhaft gemacht, was für diese als eine letzte Mahnung gelten sollte, es nicht zum Ausschluß kommen zu lassen. Zum Schluß wurden von einigen Kollegen die unhaltbaren Zustände, die beim hiesigen Fürsorgeamt anzutreffen sind, kritisiert. Bedauert wurde, daß die Beamten des Arbeitslosen gegenüber zu wenig Verständnis zeigen und die Armlen zu rückständiges behandeln.

Dresden. Unfrer gut besuchte Bezirksversammlung am 10. September eröffnete Kollege Sahmann mit be-

gründenden Worten an die teilnehmenden Kollegen und einen ehrenden Nachruf für den verstorbenen Freund der Buchdrucker, Professor Lujo Brentano. Ganz besonders galt sein Gruß dem Referenten, dem Kollegen Helmholz, der die Berichterstattung vom 14. Gewerkschaftstongress in Frankfurt a. M. für die Dresdener Kollegenfassung übernommen hatte. Zu Punkt 1, „Striköse Angelegenheiten“, verbreitete sich der Vorsitzende über die zugehörige Wirtschaftslage. Stilllegungen der Betriebe, Konturle, damit verbunden Kurzarbeit und Entlassungen unfrer Kollegen sind, wie in ganz Deutschland, so auch in Dresden an der Tagesordnung. Leider sind wir gegen Stilllegungen ziemlich machtlos, auch wenn sie nicht nur wegen Mangels an Aufträgen beantragt werden. Wir haben lebhaftig das Recht des Einspruchs gegen eine Stilllegung der Sperrstellen und das Recht, uns beschwerdeführend an das Ministerium zu wenden. Bei einer Drucker in Dresden hat sich herausgestellt, daß diese Firma nach der durchgeführten Stilllegung mehr Kollegen wieder eingestellt hat als vorher zur Entlassung gekommen waren. 38 verschiedene Firmen haben Lohnabbauversuche unternommen, die allerdings in den meisten Fällen abgewehrt werden konnten. 50 Betriebe in Dresden haben Kurzarbeit eingeführt. Ferner teilte Kollege Sahmann noch mit, daß sich ein Konkurrenzunternehmen des DVB, aufgelassen habe, das sich „Vereinigte Deutsche Buchdruckerbesitzer“, Sitz Berlin“ benennt, und als besten Vorhänger der Druckerbesitzer Hermanns in Klotzsche bei Dresden zeichnet. Sodann gab Kollege Helmholz den Bericht vom Gewerkschaftstongress in eingehender Weise. Er führte vor allem der heutigen Gewerkschaftsjugend geschichtliche Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung vor Augen, gab die Zahlen bekannt, die die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer Mitglieder, ganz besonders der Arbeitslosigkeit, aufgebracht haben, und verbreitete sich dann über die Arbeit des Kongresses. (Durch die ausführliche Berichterstattung im „Korr.“ über den Kongress erübrigt sich hier ein Eingehen auf die weiteren Ausführungen des Kollegen Helmholz.) Bestehender Beifall wurde dem Redner gezollt, als er mit der Aufforderung schloß: Die Front muß erhalten bleiben; dazu ist aber notwendig, daß alle Kollegen mitarbeiten und sich auch fernern, wie schon früher, als Vorkämpfer der Arbeiterschaft betätigen. Die Buchdrucker sind in der Gewerkschaftsbewegung stets mit der Saureit gewesen. Sorgen wir dafür, daß es auch in Zukunft der Fall ist. In der Debatte sprachen fast nur Kollegen mit kommunistischer Anschauung, die sich auch hier auf ihren bekannten negativen Standpunkt einstellten. Interessant waren die Ausführungen eines Kollegen, der einem sich besonders radikal gebärdenden Redner die Laßnahme vor Augen halten mußte, daß er noch vor kurzem in einer freizügiger Firma unter Minimum gearbeitet habe und sich erst beehren lassen mußte, was tarifliches Recht ist. Im Schlußwort ging Kollege Helmholz in vornehmer Weise auf die vorgebrachten Überlegungen ein und entwarf noch einmal starken Beifall, als er die Einigkeit der Arbeiter in den Vordergrund seiner Ausführungen stellte. Eine Resolution, die von der Opposition eingebracht war, die aber mit der Tagesordnung nichts zu tun hatte, wurde gegen eine verschwindende Minderheit abgelehnt. Kollege Sahmann fand noch einmal treffliche Worte an die Kollegenfassung, ehe er die Versammlung nach etwa dreistündiger Dauer schloß.

Sannover. Am 5. September berichtete Gauvorsteher Reinke (Stettin) in einer gut besuchten Bezirksversammlung über die Verhandlungen des Gewerkschaftstongresses in Frankfurt a. M. Nach unter dem frischen Eindruck der Verhandlungen stehend, verstand er den Referent, ein anschauliches Bild des höchsten Gewerkschaftsparlaments zu zeichnen. Er führte aus, daß, wenn in dieser traurigen Zeit wirtschaftlicher Not viele Kongresse abgelehnt wurden, dieser Kongress des DVB, eine dringende Notwendigkeit gewesen sei, um den Willen der organisierten Arbeiterschaft zu den sich überschneidenden Fragen der heutigen Zeit zum Ausdruck zu bringen. Zusammenfassend betonte der Referent, daß auch der Kongress naturgemäß kein Mittelmittel die gegenwärtige Krise beheben konnte, aber daß doch versucht worden sei, die Arbeiterschaft ein Stück vorwärts zu treiben, was durch deren Zerrissenheit allerdings erschwert werde. Nur wenn die Einigkeit in den Gewerkschaften hochgehalten wird, werde es auch im kommenden schweren Winter nicht nur gelingen, die Front zu halten, sondern auch die gesamte Arbeiterschaft aufwärts und vorwärts zu führen; in der Not zeige sich der wahre Freund. In der anschließenden Aussprache herrschte das von einem Redner gebrauchte „Quo vadis“ vor; welche Wege können und müssen beschritten werden, um der ungeheuren Not und der tiefsten Depression der Opfer dieser Wirtschaftskrise zu steuern. Nicht mit den von Siegerwald geplanten Gulashanonen und sonstigen Palliativmitteln sei zu helfen, sondern nur mit einschneidenden Maßnahmen, und da das Internerium, wie auch die Verhandlungen in unserm Gewerbe gezeigt hätten, gutwillig nicht in die Bierjastundenmode einwilligte, müsse diese durch Gesetz und generell eingeführt werden, und zwar als Pflichtangelegenheit. Auch ein Lohnausgleich und besonders den Einstellungsstopp könne bei der Gewinnung der deutschen Unternehmer nicht verzichtet werden.

Seidberg. Unser Bezirksverein hatte seine Mitglieder am 23. August zur diesjährigen Halbjahrsversammlung auf dem Ausserbeetart stehende hiesige Feldblatt der Nazis, genannt „Heidenberger Beobachter“, hatte — wie schon bei der vorhergehenden Bezirksversammlung — auch diesmal gelehrt, sich an unfrer wohlbesetzten Gewerkschaft und ihren Funktionen wegen zu müssen. Über die Dreifelderfabrikanten sind zu rühmend, um sich mit ihnen nicht einzulassen. Bereits in der Bezirksversammlung vom 20. Mai wurde den Funktionären des hiesigen Bezirksvereins in einer Resolution einstimmig das vollste Vertrauen ausgesprochen und dem „Hei-Bo“ hierdurch gehörig in die Suppe gesalzen. Die Verlesung der neuen Ergüsse zur Halbjahrsversammlung bewirkten bei der überaus zahlreich erschienenen Mitgliedschaft nur ein Lachen über die Geistesarmut dieser Nazi-Schmierfinken, und damit war die Sache abgetan. Schade, daß Dummheit nicht verzeuert werden muß! Sonst — Auch hier es sich als völlig zwecklos erwiesen, vor dem „Heidenberger Feldblatt“ Kummern des „Hei-Bo“ mit den Angriffen gegen die Organisation zu vertreiben, auch diese Kollegen sind gegen die Dreifelderer immum! Unter „Geschäftlichem“ be-

handelte Vorsitzender Adolf Krausch unter anderem die Zweihundertzigtundenwende in den Heidelberger Betrieben. Der gedruckte vorliegende Kasienbericht über das zweite Quartal wurde vom Bezirksfasserer Adam Krausch erläutert. Die Kasienführung fand die volle Zustimmung der Mitgliedschaft, und dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung gipfelte in dem Vortrag des Kollegen Barth (Berlin) über das Thema „Anstre Aufgabungen in Staat und Gesellschaft“. Starker Beifall bekundete Einverständnis mit den Ausführungen des vortrefflichen Referenten. Nach Beantwortung der in der Disziplin an den Referenten gestellten Anfragen konnte man zum Punkt „Bezirksangelegenheiten“ übergehen. Eine Reihe sachlicher Anfragen und Beantwortungen nebst einem Appell des Vorsitzenden an die Mitgliedschaft, am Kampf der Organisationsleitung aktiv Anteil zu nehmen und dieser die vollste Unterstützung zu gewähren, beendete die Versammlung.

Stuttgart. Eine Vertrauensmännerversammlung am 4. September spiegelte schon im Verlauf die jegliche müde Zeit wider. Kollege Klein machte unter anderem Mitteilung von der bevorstehenden Gewerkschaftsberatung. Sein Referat „Die wirtschaftliche Krise“ stand auf beachtlicher Höhe. Der Mägnat der Kollegen im besondern und der der Arbeiterchaft im allgemeinen lasse sich wohl begreifen und verstehen. Aber auch aus diesem wirtschaftlichen Wirrwarr werde es einen Ausweg, einen Aufstiege geben. Dann wollen wir uns der unbilligen Härten, der ungerechtfertigten Abbaumassnahmen erinnern. Wie es nach 1923 nach kurzer Zeit ungenahmten Aufstieg gab, hofft Redner einen solchen auch nach dieser Notzeit. Er verkenne keineswegs gerechtfertigte Einschränkungen, diese jedoch zwischen lehreren und an Sabotage grenzenden Maßnahmen einen scharfen Trennungsschritt. Wenn die Bankmisiere der Danae zu Massenentlassungen benutzt wird, obwohl Betriebe an und für sich gesund und rentabel sind, so kann die Arbeiterchaft damit begründete Gewaltmassnahmen einfach nicht als gerechtfertigt anerkennen. Wenn die tabulativen Betriebe von rechts und links diese Notzeiten zu übertriebenen Abbaumassnahmen ausnützen, zeigen sie, daß die Arbeitnehmer zwar vor ihre Parteilichkeiten gespannt werden, deren Wohlhergehen und Auskommen diesen Ausschaltersparteien jedoch gleichgültig sei. Die A.G.D.-Gewerkschaftsbekämpfung in gemeinster Weise und unflätigsten Ausdrücken gegen unsre Führer, bilde einen Beweis von der Tiefe des Hasses dieser „Arbeiter“trefse gegen das einzige festgefäßigte Bollwerk, das ihren Sprengversuchen standhielt und in Zukunft standhalten wird. Ein tiefempfundener Aufruf zur Einigkeit und eine Mahnung an jeden einzelnen zur Pflichterfüllung gegenüber der Gesamtheit schlossen das wirksame Referat. Die Ausprägung war reichlich und auf sachlicher und beachtlicher Höhe. Der erste Redner geliebte das Wirken des „Konzentrations“-Reviseurs, das nicht mehr mit den Aufgaben, Zielen und Zweck der Arbeiterunternehmungen in Einklang zu bringen sei. Dessen weitere Kritik galt der unüblichen Schreibweise der „Zeitschrift“.

In deren Beiträgen triefe es nur so von Lohnabbaupropaganden zur Rettung aus der heutigen Krise. Sogar die Arbeitslosen werden indirekt aufgepuscht zum Erreichen dieses Zweckes. Hinten, ganz versteckt, findet, wer suchte, Hinweis und Aufruf zur Erhöhung des heutigen Preisniveaus. Solche zwiespältige Haltung reime sich bei der heutigen Welt und Beeinflussung durch doppelverdienende Staatspensionäre. Kollege Klein machte über den Stand der Konzentrationsunternehmungen einige bemerkenswerte Mitteilungen. Ein weiterer Redner kritisierte rigoroses Vorgehen in einer Notationsabteilung durch Lohnhagug und verlangte, daß der gekürzte Lohn bei gleichbleibender Arbeitsleistung den Arbeitslosen zugute kommen müßte. Der nächste Redner stellte die Leistungszulagen und die Arbeitszeiterhöhung in den Vordergrund seiner Ausführungen. Er verlangte ein energischeres Vorgehen durch den Verband, man trete viel zu leise auf. Eine nochmalige Beitragserhöhung zu Unterstüßungszwecken hielt er nicht für tragfähig, weil das Kapital mit immer weiteren Entlassungen alle Selbsthilfe sabotiere. Der A.G.D. mit ihren Wasserstoffparolen zur Sprengung der freien Gewerkschaften und Umgeierung der Führung des A.G.D. widmete der nächste Redner harten Tadel. Dieser Kollege beschränkte seine Produktivgenossenschaften, um den Arbeitslosen Unterstüßungsmöglichkeiten zu verschaffen und um ein Gegengewicht gegen das abbaulichterne Unternehmertum zu organisieren. In großartig Weise beherrschte der folgende Redner die heutige Situation. Er sieht die Hauptaufgabe der Gewerkschaften in der Umgestaltung des heutigen Wirtschaftslebens. Sein Lob galt der Schreibweise des „Korr.“, der in dieser Hinsicht eine Sonderstellung einnimme und von jeder unsern Standpunkt und den der Gesamtarbeiterschaft richtungweisend beeinflusst und vertreten habe. Die Bierzigtundenwende-Theorie des Herrn Professor Lederer, die dieser auf dem Frankfurter Gewerkschaftstages vertreten hätte, fand nicht die volle Zustimmung dieses Kollegen. Ohne Einstellungsanspruch und ohne Lohnausgleich sei die Bierzigtundenwende durch Kurzarbeit längst unterboten, hier warte die Arbeitnehmerschaft auf eine ausgleichende Vorverordnung. Zwischen den Zeilen der „Zeitschrift“ sei zu lesen, daß der negative Verlauf, verursacht durch die Arbeitgeber im Bezug bei den Verhandlungen zur Einführung der Bierzigtundenwende, diesen doch einiges Unbehagen bereite. Eine Wehrbewegung durch die Organisation hielt auch dieser Redner für kaum tragbar. Sollte jedoch eine nochmalige Erhöhung beschlossene werden, müße man sie im Interesse der Arbeitslosen hinnehmen. Denen, die im Bereich stehen, ginge es immer noch besser als jenen auf dem Hofe. Der folgende Redner sah als Ursache der daniederliegenden Wirtschaft das Breitmachen der Syndikalistentheorien und das Schwindeln der wirtschaftlichen Sachkenntnisse beim Unternehmertum. Er führte Beispiele an. Junge Arbeitsgeberangelegte mit wenig Sachkenntnissen und den Kasienführungen mit den Hiftstheorien vom Dritten Reich zur offenen Scham in den Kassen getragen, spielen die Ketter aus Wirtschaftsnote und -elend. Ähnliche Zustände herrschen in den Betrieben. Und wohin führt dies? Einflüßende Großbetriebe schlumpfen ein. Entlassungen, Einsparungen, Abbau sollen helfen; sie helfen jedoch nur Elend verzögern und bringen so „geleitete“ Betriebe an der Ruin. Der letzte Redner konnte sich nicht mit der Bierzigtundenwende voll und ganz befrenden. Die wenigen, die heute noch länger arbeiten, werden die Leib-

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Emil Prell in Berlin
Eingetretene: 1. Oktober 1881 - Jetzt Invalide



Heinrich Schröder in Bremen
Eingetretene: 1. Oktober 1881
Jetzt Invalide



Gust. Badzis in Königsberg
Eingetretene: 2. Oktober 1881
Jetzt Invalide



tragenden sein, ohne daß sie andre Vorteile haben werden. Auch in dem Austausch von in Arbeit stehenden Gehilfen mit Arbeitslosen, wie solches geplant sei, steht er nur Nachteile. Höherentlohn werden durch tariflich Entlohnung ersetzt und dürfen später vielleicht wieder zum Tariflohn an ihre Plätze zurückkehren. Hier müßte gegen Abbaumassnahmen vorgebeut werden. Im Schlußwort gab Kollege Klein in seiner Vortreibung über diese denkwürdige Vertrauensmännerversammlung Ausdruck. Während der Versammlung hatte er Mitteilung erhalten, daß im „Korr.“ heute die Gesamtbelegschaft gekündigt wurde. Ob die A.G.D.W. einen eignen Laden aufmacht zum Druck ihrer schwächlichen Ausgabe oder ob ein weiterer Drucker „gütlich“ gemacht werden soll, muß abgewartet werden. Wir werden das Interesse unsern Mitgliedern auf alle Fälle wahren, die immer die Leidtragenden sind, wenn das Ende solcher politischen Giftpflanzen eintritt. Den Austausch der Belegschaften mit Arbeitslosen, die ihn Siegerward andeutete, hätten auch früher schon Kollegen erachtet. Wie weit der Plan ausführbar sei, müße abgewartet werden. In einer Krise, wie sie jetzt in der Welt herrsche, seien auch der Gewerkschaftsmacht Grenzen gezogen. Wer diese Grenzen aus den eigenen Reihen noch enger ziehen helfe durch Untergraben, Unterhöhlen und Unterminieren der Einheit der freien Gewerkschaften, mache sich eines Verbrechens an der Gesamtarbeiterschaft schuldig.

Allgemeine Rundschau

Besprechung über Fortdauer der verkürzten tariflichen Belegschaften. Auf Antrag unsres Verbandsvorstandes fand am 29. September in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern der beiderseitigen Tarifparteien statt, unter Sinziehung eines Vertreters des Deutschen Handwerks- und Gewerksammetages. Gegenstand der Besprechung war die Frage der Fortdauer der von den Tarifparteien im März 1930 beschlossenen verkürzten Belegschaften (§ 23a), deren Gültigkeit zunächst nur auf ein Jahr beschränkt war. Unter dem 18. August d. J. war vom Verbandsvorstand an den Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Berelins ein Schreiben gerichtet worden, in dem u. a. zum Ausdruck gebracht wurde, daß wohl allseitiges Einverständnis darüber bestehe, daß bei der nun schon seit Jahren bestehenden großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe, die immer mehr zunimmt, die jegliche Belegschaften aufrecht erhalten werden müße. Um so mehr, als in allen Verbandsgegenden feststehe, daß von den Aussernenden nur ein kleiner Bruchteil in Arbeit bleibt und so Gelegenheit erhält zu weiterer Ausbildung, während ein sehr großer Teil Aussernender sofort oder kurz nach Beendigung der Lehrzeit entlassen wird. Unter dem 16. September wurde dann unserm Verbandsvorstand vom Deutschen Buchdrucker-Berelins mitgeteilt, daß der ihm übermittelte Antrag auf Aufrechterhaltung der gekürzten Belegschaften über den 30. September hinaus den Hauptvorstand beschäftigt habe. Dieser habe jedoch die vom Verbandsvorstand vorgebrachte Begründung für eine Fristverlängerung der gekürzten Belegschaften nicht anerkennen können, da infolge des Beschäftigungsrückganges die Zahl der beschäftigten Gehilfen, die als Berechnungsgrundlage für die Belegschaftshaltung gilt, stark gesunken sei und somit automatisch eine

Beschränkung der Lehrlingseinstellungen eintreten werde. Der Vorstand des D.B.W. habe es deshalb abgelehnt, den gehilfenseitigen Antrag an den Deutschen Handwerks- und Gewerksammetag zu richten. Inzwischen hatte denn auch die Svinemündiger Hauptversammlung des D.B.W. Mitte September den Beschluß gefaßt, die neue Lehrlingsstaffel fortan nicht mehr bestehen zu lassen. Gegen diese einseitige Beschlußfassung wurde in der Besprechung am letzten Dienstag von den Vertretern der Gehilfenchaft lebhaft protestiert, unter Hinweis auf mögliche Konsequenzen einer solchen Beschlußfassung. Erschwerend falle dabei ferner noch ins Gewicht, daß sich die vertragschließenden Organisationen ausdrücklich vorbehalten hatten, vor dem 1. Oktober 1931 zusammenzutreten, um über die Fortdauer oder Abänderung der am 1. März 1930 beschlossenen Bestimmungen Beschluß zu fassen. Zur Sache selbst wurde von der Gehilfenvertretung ausgeführt, daß die am 1. März 1930 beschlossene Abänderung der tariflichen Belegschaften in Berücksichtigung des damaligen Standes der Arbeitslosigkeit (13 Proz.) erfolgt ist, während sich die heutige Arbeitslosigkeit auf 29,8 Proz. belaufe, bei 14 Proz. Kurzarbeitern. Unter solchen Umständen sei es doch nur logisch, die verkürzte Belegschaften fortbestehen zu lassen, wenigstens bis zum Ablauf des Manteltarifs. Dagegen verschanzten sich die Vertreter des D.B.W. lediglich hinter dem Diktum ihrer Hauptversammlung, demgegenüber eine nachträgliche Änderung nicht in Frage komme. Auch die Erklärung des Vertreters der Handwerksammetag, daß er sich rechtlich auf die Seite der Gehilfenvertreter stelle, vermochte ebensowenig die Vertreter des D.B.W. von ihrer Auffassung abzubringen, daß sie sich als Arbeitgeber der Allgemeinheit und den vielen Tausenden von Schuldenlasten verantwortungsfähig fühlen, die auf der Suche nach einer Lehrstelle sind, und daß es besser sei, die Tugendlichen in einem festen Lehrverhältnis zu wissen als sie tabulativen Strömungen anheimfallen zu lassen. Von Gehilfenseite wurde demgegenüber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß das von der Prinzipalität neuerdings geltend gemachte Verantwortungsbewußtsein in noch weit höherem Maße doch für die Ausgerulerten bestehe, die in den weitest aus meissen Fällen ohne weiteres entlassen werden und dann jahrelang arbeitslos bleiben. Das sei im so schlimmer, als erfahrungsgemäß die eigentliche Berufsausbildung erst in den ersten Gehilfenjahren erfolge. Die Rekrutierung der Jugend, die der D.B.W. hinhaltend wolle, werde durch nichts mehr gefördert als durch das Gefühl, um vier kostbare Jugendjahre gebracht zu sein, ohne Aussicht, im erlernten Beruf Arbeit zu finden. Das nach mehrstündiger Verhandlung erzielte Ergebnis war lediglich darin zu erblicken, daß die Prinzipalvertreter versprochen, ihrem im Oktober erneut zusammenzutretenden Geschäftsführenden Ausschuss von dem Verlauf der Besprechung mit den Vertretern der Gehilfenchaft Kenntnis zu geben. Diesem müße es überlassen bleiben, dem Hauptvorstand des D.B.W. einen neuen Vorschlag im Sinne der gehilfenseitigen Forderung zu unterbreiten. Die Frage der Fortdauer der verkürzten Belegschaften bleibt also vorläufig in der Schwebe.

Große Meisterkurse für die Provinz Hessen-Nassau. In der Zeit vom 4. Januar bis 13. Februar 1932 werden wieder große Meisterkurse in Frankfurt a. M. für die Provinz Hessen-Nassau mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, des Bezirksverbandes und der Handwerksammetag Wiesbaden, Frankfurt a. M. und Kassel durchgeführt werden. Diese Kurse bieten auch die Vorbereitungsöglichkeit für die Meisterprüfung. Für das graphische Gewerbe sind vorgesehen: Kurse für Schriftsetzer, Buch-, Stein- und Offsetdrucker und Buchbinder. Die Gesamtkursdauer umfaßt rund 300 Unterrichtsstunden einschließlich der Freiarbeit in den Lehrwerkstätten. Der Kursbeitrag ist auf 50 M. festgesetzt. Gesuche um Aufnahme können schriftlich oder persönlich an den Leiter der Kurse, Direktor Th. Walter, Frankfurt a. M., Mollealallee 23, eingereicht werden, der auch nähere Auskunft erteilt. Dem Gesuch ist beizufügen ein Lebenslauf, Nachweis einer ordnungsgemäß durchlaufenen Lehre und Zeugnisabschriften über die praktische Tätigkeit bzw. über theoretische und zeichnerische Weiterbildung.

Festsetzung einer antilohnbewusstlichen Druderei. Auf die Redaktionsräume der russischen Zeitung „Rul“ in Berlin wurde vor kurzen ein gewaltsamer Überfall durch zwölf junge Leute verübt, die die Einrichtung und das Arbeitsmaterial unbrauchbar zu machen suchten. Sie zertrümmerten in den Redaktionsräumen die Schreibmaschinen, warfen Aktenschränke um, bezogen Manuskripte mit Tinte, schnitten die Telefonleitung durch und demolierten in größter Hast alles, was ihnen erreichbar war. Während der Festsetzungsarbeit in der Redaktion war eine Kleinmachersfrau zur Geheer geellt, um die dort Tätigen zu alarmieren. Die Aktenblätter schlossen daraufhin die Eingangstür von innen zu. Sie vollendeten ihr Werk und schlüßten in dem Moment, in dem die Geher zu ihrer Verfolgung auf den Hof trüßten. Ein Teil floh auf die Friedrichstraße, ein anderer zur Lindenstraße und tauchte im Menschengewühl unter. Die Polizei hat die Nachforschungen aufgenommen. Bereits vor zwei Jahren ist ein ähnlicher Überfall auf die Redaktion des „Rul“ von politischen Gegnern verübt worden.

Neue Lohnfestsetzungen. Nach dem mit Hilfe des verlichtigen Artikels 48 der Reichsverfassung durchgesetzten Lohnbild für den Hutzbruggbau (7 Proz. abzüglich 3 1/2 Proz. Arbeitslosenverordnungsbeitrag als Reihsubvention) greift die neue Lohnabwelle auf die Metallindustrie über. Der Verband Berliner Metallindustrie hat den Lohnstarifvertrag zum 31. Oktober gekündigt. Davon werden 114 000 Arbeiter in 270 Betrieben betroffen. Auch der Eisenhüttenverband Niederhessen hat die Kündigung des Lohnstarifs zum 31. Oktober ausgesprochen, wovon 4000 Arbeiter betroffen werden. Ferner wurden vom Verband sächsischer Metallindustrie, Gruppe Breslau, Reife und Ratibor, die Manteltarifverträge zum 31. Dezember gekündigt. Auch von den Unternehmern im Bergischen Industriebezirk ist das Lohnabkommen für die Metallindustrie zum 31. Oktober gekündigt worden.

Führerwechsel bei den Großindustriellen. In der Führung des Reichsverbandes der Industrie, der Organisation der Großindustriellen, ist ein Wechsel eingetreten. Der bisherige Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Duisberg, trat von der Leitung zurück. An seiner Stelle ist Herr Krupp von Bohnen und Halbach zum Vorsitzenden gewählt worden.

